



Stellungnahme der Wählergemeinschaft Darmstadt e.V. (WGD) zu den Fragen der Arbeitsgemeinschaft Darmstädter Frauenverbände zu „Qual der Wahl – Frauen sind wählerisch“ für die Kommunalwahl 2021

1. Erwerbsarbeit und Bildung

Die WGD sieht auch einen großen Bedarf in der Förderung verschiedener Angebote zur Existenzsicherung und Bildung gerade in der aktuellen Zeit der Corona-Pandemie. Leider ist uns nicht konkret bekannt, welche Angebote in Darmstadt aktuell über den Europäischen Sozialfond konkret unterstützt werden. Die Förderung des Sozialfonds steht nach unseren Informationen auch weiterhin für Projekte für Benachteiligte wie etwa geflüchtete Frauen, Migrantinnen, Opfer von Gewaltverbrechen und Alleinerziehende zur Verfügung, so dass hier Projektanträge möglich sein müssten und diese werden von der WGD unterstützt.

Die WGD wird sich auf kommunaler Ebene intensiv für Projekte einsetzen, um dem Armutsrisiko von Frauen, das durch die Corona-Pandemie noch zusätzlich verstärkt wurde, entgegen zu wirken. Dabei wird der Schwerpunkt gerade in der Unterstützung von Projekten für Rentnerinnen und Alleinerziehenden liegen. Hier bietet die Digitalisierung durchaus auch vielfältige zusätzliche Chancen, aber auch Herausforderungen. Für Rentnerinnen oder ältere Arbeitslose sollen Kurse im Umgang mit digitalen Medien (z.B. über die VHS oder die Akademie 55 plus) angeboten werden. Die Kursgebühr sollte durch eine angemessene städtische Förderung gering sein und für Menschen mit geringem Einkommen kostenlos. Um die Hemmschwelle für die Nutzung solcher Angebote zu verringern, ist es besonders wichtig, dass die Unterrichtenden selber Frauen mit ähnlichem Hintergrund und Alter sind. Dennoch muss darauf geachtet werden, dass kommunale Angebote immer auch ohne digitale Ausstattung genutzt werden können. Für Alleinerziehende und Mütter mit Migrationshintergrund können Aus- und Weiterbildungen, Sprachkurse und Abendrealschulkurse auch online angeboten werden. Bei der Beschaffung der notwendigen technischen Geräte können z.B. städtische Sozialarbeiter behilflich sein, wobei auch eine Börse für gebrauchte aber noch gut funktionsfähige Geräte vorgesehen ist und beworben werden soll. Bei solchen Aus- und Weiterbildungsangeboten muss darauf geachtet werden, dass diese auch in Teilzeit und flexibel genug stattfinden, so dass Mütter kein Problem haben Ausbildung, Haushalt und Kinder zu vereinen und nicht überfordert sind. Außerdem sollten für Mütter in Aus- und Weiterbildung ebenso wie für berufstätige Alleinerziehende in schwierigen Situationen (z.B. wenn sie oder die Kinder erkranken) durch eine Zusammenarbeit von ehrenamtlichen und professionellen Helferinnen und Helfern ohne zusätzliche Kosten in der Kinderbetreuung unterstützt werden.

Die WGD setzt sich außerdem für das Konzept von Bürger- und Klimaräten ein, um direkte Demokratie zu fördern. Auch hier können von den weiblichen Rätinnen gezielt Unterstützung von Projekten zur Frauenförderung vorgeschlagen werden.

2. Zur aktuellen Situation von Frauen

Einer der wichtigsten Aspekte zur Verbesserung der Lebenssituation vieler Frauen ist eine quantitativ und qualitativ gute Kinderbetreuung. Es müssen mehr Kindergarten- und Hortplätze sowie Plätze in der Schulbetreuung geschaffen werden. Außerdem sollte ein städtisches Kinderbetreuungsangebot in den Abendstunden und an den Wochenenden eingerichtet werden, da in vielen Berufen (z.B. im Gesundheitsbereich und in der Pflege oder aber auch im Verkauf) im Schichtdienst und an Wochenenden gearbeitet wird. Auch das Angebot in den Schulferien, das in Form der aktiven Ferien ja schon besteht, sollte quantitativ erhöht und qualitativ verbessert werden und gerade auch Projekte zum Klima- und Naturschutz umfassen. In der Stadtverwaltung sollte eine unabhängige Stelle eingerichtet werden, an die sich Eltern wenden können, wenn Probleme mit der Betreuung im Kindergarten oder Hort auftreten, und außerdem durch ein regelmäßiges Monitoring die Qualität der Kindergärten z.B. hinsichtlich des Essensangebotes und der pädagogischen Arbeit durchgeführt werden. Eine familienfreundliche Stadt sollte diverse Möglichkeiten für die

Freizeitgestaltung von Eltern und Kindern bieten. Einrichtungen, die ja schon existieren, müssen finanziell von der Stadt unterstützt werden, und es ist darauf zu achten, hier ein breites Angebot an Trägern zu erhalten, die insbesondere auch naturpädagogische Angebote, wie z.B. das Umweltdiplom, Waldkindergärten und Urban gardening, umfassen. Informationen zu den bestehenden Angeboten müssen auch Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund erreichen und die Kosten bei sozial schwächeren Familien weitgehend erlassen werden.

Die Stadt Darmstadt sollte außerdem mit gutem Beispiel bei der Flexibilisierung und Einrichtung von Home-Office Arbeitsplätzen vorangehen. Es könnte auch in Zusammenarbeit mit den Darmstädter Frauenverbänden überlegt werden, ob Einrichtungen ähnlich der Familienbildungsstätte und das Mütterzentrum/Mehrgenerationenhaus auch in verschiedenen Stadtteilen geschaffen werden können und so die Stadtteilkultur aktiv gefördert werden kann.

Das Problem der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen (und Kinder) ist gerade durch die Corona-Pandemie noch einmal verschärft worden, weshalb die WGD diesem Thema eine sehr hohe Priorität einräumt. Hier gibt es mehrere Problemfelder. Die medizinische Versorgung und Beweissicherung nach Straftaten ist in diesem Bereich immer noch oft unzureichend, ebenso die therapeutische Betreuung und der Zugang zu Traumatherapien. Diese Straftaten sind oft schwer zu beweisen, und die Opfer können durch einen Prozess retraumatisiert werden. Deshalb müssen die Befragungen der Opfer durch speziell ausgebildete Beamtinnen und möglichst im Beisein einer Vertrauensperson erfolgen. Es muss direkt Hilfe durch ausgebildete Ärztinnen und Therapeutinnen erfolgen. Den betroffenen Frauen sollte eine kostenlose Rechtsberatung zur Seite gestellt werden. Außerdem müssen Dolmetscherinnen für Migrantinnen und geflüchteten Frauen zur Verfügung stehen. Bis die Opfer finanzielle Hilfen über die Opferentschädigungsgesetze erhalten, wenn überhaupt, dauert es oft Jahre. Um die Gesamtsituation zu verbessern, könnte beispielsweise ein interdisziplinäres Team aus Juristinnen, die bei der Erstellung des Berichts zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Deutschland mitgearbeitet haben, Therapeuten/innen aus dem Deutschland weiten Traumatherapeuten/innen Netzwerk von Michaela Huber, Therapeuten/innen der Berufsverbände von Therapeuten/innen, Mediziner/innen, Mitarbeiterinnen von Selbsthilfeorganisationen wie Wildwasser, Schotterblume und Lichtstrahlen e.v., und ehemaligen Polizeibeamtinnen zusammengestellt werden. Dieses Team kann daran arbeiten Grundlagen zu schaffen, die die Situation im Bereich Gewalt gegen Frauen verbessern. So könnten sowohl die juristischen Grundlagen verbessert werden z.B. im Hinblick auf die Strafverfolgung von Gewalttaten gegen Frauen und Aufhebung des Verbots der Akteneinsicht der gegnerischen Partei, als auch in jeder Region traumatherapeutisch ausgebildete Therapeutinnen erfasst werden, die sofort für eine Erstbetreuung zur Verfügung stehen. Die Kosten für die Behandlungen sollten von den Krankenkassen übernommen werden. Viele dieser juristischen und finanziellen Grundlagen müssen in überregionaler Ebene geschaffen werden und flächendeckend sein. Die Kommunalpolitik muss darauf achten, ausreichend viele gut ausgebildete Ansprechpartnerinnen in den verschiedenen Disziplinen vermitteln zu können. Eine zusätzliche Schwierigkeit stellt der Schutz von Frauen und Kindern bei häuslicher Gewalt dar, bei der viele der gerade genannten Punkte auch zutreffen. Auch hier müssen Schutzmaßnahmen getroffen werden. Es müssen z.B genügend Frauenhausplätze zur Verfügung stehen. In diesem Bereich muss präventiv gearbeitet werden z.B. durch Programme und Kampagnen zur Bewusstseinsbildung. Prävention beginnt für uns schon in Kindergarten und Schule. Es müssen auch Angebote bestehen, die es den Tätern ermöglichen an ihren Problematiken, die zu den Taten geführt haben zu arbeiten. Monitoring, Tatarsachenforschung und Datenerhebungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt sind unabdingbar. Dadurch könnte ein Instrument zur Risikoeinschätzung entwickelt werden, damit Polizeibeamte sich nicht nur auf ihr „Bauchgefühl“ bei der Gefahreinschätzung verlassen müssen.

Juristinnen und Frauenverbände müssen u.a. erreichen, das niedrige Einkommen besser bewertet werden, eine existenzsichernde Mindestrente eingeführt wird, es Maßnahmen zur Eindämmung des Niedriglohnssektors gibt, das Rentenniveau angeglichen wird und Entgeltgleichheit besteht.

Dies und noch vieles mehr ist notwendig, damit Frauen und Kinder nicht in Armut leben.

3. Stadtplanung und Verkehr

Die WGD setzt auf behutsame intelligente maßvolle Verdichtung durch Aufstockung und Ausbau bestehender Wohngebäude. Intelligente Verdichtung ist ein Weg zur Entschärfung von Knappheit, vorausgesetzt, Darmstadt bleibt eine lebenswerte Stadt mit Luft nach oben. Das scheitert, wenn in Schneisen zwischen Hochhäusern, so in der Heinestraße, oder auf Kosten von Grünflächen in ruhigen Wohnvierteln, so im Komponistenviertel, in jeden Hinterhof noch ein Wohnblock oder Wohnhaus gequetscht werden soll.

Die Grenzen des Wachstums sind erreicht. Jetzt gilt es die vorhandene Infrastruktur effektiver zu nutzen und klimagerecht umzubauen. Intelligente verdichten heißt menschlich bauen, keine gewachsenen Strukturen antasten oder das Ortsbild verändern. Unter keinen Umständen dürfen vorhandene Grünflächen und Bäume der Nachverdichtung zum Opfer fallen. Eher im Gegenteil: Darmstadt muss noch grüner werden. Hierfür können Darmstädter Politiker noch viel lernen, auch von Städten, deren Probleme viel gravierender sind und die dennoch verantwortungsvoll Urbanistik betreiben und mit innovativen Konzepten neue Wege in der lokalen Klimapolitik gehen.

Auch muss man darauf achten, dass man beim Bau von Wohnungen Menschen unterschiedlichen Alters, Familienstruktur, Herkunft und Kaufkraft integrativ zusammenführt, sonst entstehen sterile Ghettos und gefährliche Segregation. Eine gute Mischung verschiedener Nutzungen entscheidet über den Erfolg der Städtebaupolitik. Dieser Erfolg muss sich im Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger widerspiegeln und muss auch für die nächste und übernächste Generation gelten. Darmstadt muss einfach enkelgerecht bauen!

Zum menschenfreundlichen Städtebau gehört auch die Entwicklung einer attraktiven Innenstadt. Wertvolle Substanz ist hier dem Krieg zum Opfer gefallen, aber vieles auch den Stadtplanern und Architekten danach. Hier ist vieles aufzuholen und zu verbessern, denn Darmstädterinnen haben hohe Erwartungen an ihre Innenstadt: Sie fordern mehr Aufenthaltsqualität, ein anderes, individuelleres Warenangebot mit stärkerem lokalem oder regionalem Bezug, kleinteiligere Nutzungen, spannendere Angebote mit mehr Vielfalt. Auch Kultur und Bildung müssen wieder eine größere Rolle in der Innenstadt spielen. Vor allem muss die Innenstadt der Nutzung durch Fußgänger, Radfahrer und dem öffentlichen Verkehr zuträglich sein. Die Belastung des Luisenplatzes durch ein überkommenes, sternförmiges Straßenbahn- und Busnetzsystem muss durch Verlagerung von Tangentialverkehr mittels Ausbaus eines S-Bahn-Rings um die Stadt entzerrt werden, um dem historischen Platz wieder seinen früheren Charme für Fußgänger zurückzugeben. Auch andere Teile der Innenstadt, insbesondere die Plätze (Friedensplatz), müssen eine hohe Aufenthaltsqualität für die Menschen behalten.

Die Modernisierung der städtischen Infrastruktur basiert auf der Konvergenz von einem Internet der erneuerbaren Energien (saubere Technologien und intelligente Netze) und einer digitalisierten Mobilitäts- und Logistikplattform (autonome Elektrofahrzeuge, künstliche Intelligenz und das Internet der Dinge). Nur wer das versteht, kann zukunftsweisende Städtebaupolitik betreiben.

Durch den Ausbau und die Markierung von Radstreifen hat sich jüngst in der Innenstadt viel getan. Viele Straßenräume müssen aber über rote Farbe hinaus aber auch insgesamt umgestaltet werden. Vor allem müssen sie den Fußgängern ihre Rechte bewahren. Der Radverkehrsbeauftragten der Stadt muss auch die Anliegen der Fußgänger berücksichtigen. Er darf sich nicht nur um Radspuren kümmern, sondern auch um geeignete Fußgängerstreifen zum Schutz des Fußverkehrs, besonders an verkehrskritischen Stellen. Und sie müssen grüner und schöner werden. Dazu müssen wir den öffentlichen Raum völlig neu denken.

4. Klima und Umwelt

Die WGD sieht sehr große Herausforderungen an die Politik, keineswegs nur aber auch der Kommunalpolitik, die ganz sicher weit über eine Sensibilisierung von Bürgerinnen und Bürgern zur Mülltrennung hinausgehen.

Klammert man einmal die Sonderthemen Landwirtschaft, Industrie und zentrale Energieerzeuger aus, so werden auf kommunaler Ebene beim Klima- und Umweltschutz besonders die Bereiche Wohnen und Hauswärme, dezentrale Stromerzeugung und -verteilung, Verkehr, sowie Wohnen und Siedlungsstruktur im Vordergrund stehen. Bisher heizen wir unsere Wohnungen überwiegend mit fossilen Brennstoffen (Heizöl und Erdgas). Um Wärme künftig klimaneutral zu gewinnen, muss auf völlig neue Heizsysteme umgestellt werden. Das bedingt den kompletten Austausch bestehender Anlagen durch elektrische oder mit erneuerbarem Wasserstoff betriebene Wärmepumpen und die Nutzung von Solarenergie (Warmwasserkollektoren). Die Umstellung wird teuer. Um dies für den Bestand an Wohnanlagen sozial verträglich umzusetzen, sind neue Finanzierungsmodelle unter Beteiligung des Bundes und des Landes erforderlich, da hierfür weder die Leistungskraft der Privaten (Eigentümer/Mieter), noch die des Stadthaushalts ausreichen. Immerhin kann die Stadt bei Neubauten und beim periodischen Austausch von Heizungen regulatorisch eingreifen.

Der Einsatz effizienterer Heizungssystems sollte mit einer besseren Dämmung der Häuser flankiert werden. Für Neubauten ist das durch die Verwendung wärmeisolierender Bausteine unproblematisch und auch nicht wesentlich teurer, aber auch bei Häusern im Bestand lässt sich die klimaneutrale Sanierung heute mittels neuer Dämmstoffe, Fenster, Be- und Entlüftung und Wärmetauschern bewältigen. Unter klimatischen Gesichtspunkten muss gesehen werden, dass bestimmte Dämmmaterialien – insbesondere das beliebte, billige Styropor oder Polyurethan – nicht nur bei der Produktion erhebliche Umweltschäden verursachen, sondern auch bei ihrer später zwangsläufig anfallenden Erneuerung und Entsorgung. Auch hier kann und sollte die Stadt regulierend eingreifen, so dass nur umweltverträgliche Materialien aus natürlich nachwachsenden Rohstoffen zur Isolierung verwendet werden.

Die WGD ist überzeugt davon, dass ein Großteil der Reduktion durch Verminderung des Verkehrs und durch E-Mobilität erreicht werden kann. Das wird nur dann gelingen, wenn u.a. die Hürden, die das Personenbeförderungsgesetz im Interesse des Taxigewerbes aufgestellt hat, beseitigt werden. Dann könnte ein in Darmstadt noch zu schaffender integrierter ÖPNV durch ein sich der Nachfrage anpassendes Minibus-System ergänzt werden, das sich auf digitale „call-on-demand“-Signale selbst steuert. Voraussetzung dafür ist ein leistungsfähiges ÖPNV-Basisnetz, ein „backbone“, das Fahrzeuge auf Normalspur- und Schmalspurschienen (Bahn und Straßenbahn) mit Stadt- und Überlandbussen nahtlos integriert und mittels eines verkehrsmittelübergreifendes digitales Mobilitätsmanagement optimiert. Leider stehen die Chancen dafür im Moment bei Grün/ Schwarz schlecht. Das ÖPNV-Konzept der Stadt wird von HEAG mobilo diktiert und ist damit interessensgebunden. Dies ist suboptimal und muss durch die Monopolisierung der Straßenbahn in eine Sackgasse geraten.

Der große Bestand an Bestandsgebäuden wird bis 2035 nicht energetisch saniert sein und wird sich auch größtenteils nicht auf Passivhausqualität sanieren lassen. Die meisten Heizsysteme sind keine Flächenheizsysteme und benötigen daher mittlere Vorlauftemperaturen. Die Heiztechnik von Gebäuden sollte spätestens alle 20 bis 25 Jahre modernisiert werden. Daher wird sich die WGD für den massiven Ausbau von BHKW's in privaten Gebäuden einsetzen. Sie wird alle Hausbesitzer anschreiben und eine kostenlose Beratung zur Modernisierung der Haustechnik anbieten. BHKW's sind am wirtschaftlichsten je größer die Anlagen und je länger die Laufzeiten sind. Daher wird die WGD einen Zusammenschluss von privaten Nachbarn initiieren, um sich zu einem lokalen Nahwärmenetz zusammenzuschließen. Besonders gut kann dies im Bereich von „Heinerblocks“ möglich werden, wenn Gebäude in Grenzbebauung errichtet wurden und man die Nahwärmeleitung durch eine einfache Kernbohrung von Keller zu Keller führen kann. Bei freier Bebauung sind meist ein paar Meter Wärmeleitung durch die Gärten notwendig. Dies ist aber erheblich günstiger, als der Aufbau eines Fernwärmenetzes im Straßenbereich. Somit werden die benötigte Wärme und der Strom im Winter lokal hoch effizient in Darmstadt erzeugt. Im Zuge der

hoffentlich steigenden Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff und synthetischen Treibstoffen kann das fossile Gas für die BHKW's sukzessive ersetzt werden. Als digitale Stadt wollen wir eine Abrechnungssoftware für dieses „Bürgerwärmenetz“ entwickeln lassen und den „Heinerblocks“ kostenlos zur Verfügung stellen.

Die Einrichtung eines Bügerrats Klimaschutz (Klimarat) für die Stadtregion DaDiOd mit der jüngst auf Bundesebene entwickelten und breit unterstützten Partizipationsform „Büggerrat“. Der Büggerrat Klimaschutz DaDiOd soll bis 2030 zweijährlich mit Experten aus Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie, Hauswärme, Landwirtschaft in der Stadtregion über Wege zur Klimaneutralität beraten und Empfehlungen für einen verbindlichen Zeitplan zur lokalen CO2-Einsparung und zur laufenden Beobachtung der Erfolge erarbeiten.

Simone Schramme (2. Listenplatz) und Eva Herrmann (4. Listenplatz) der WGD